

# Das Kapital des Staates von Mazzucato Mariana aus 2011

## Einleitung

**Was drin ist für dich: Den wahren Innovationsmotor kennenlernen.**

Da haben wir uns ja was eingebrockt: Dank Klimawandel und Bevölkerungsexplosion ist mittlerweile klar, dass wir so nicht weitermachen können, wenn wir unseren Planeten nicht vollends gegen die Wand fahren wollen. Irgendwas muss sich ändern. Aber was? Und vor allem: Wer kümmert sich darum?

Wenn du wie die meisten Menschen heutzutage eher einem liberalen Weltbild zugeneigt bist, denkst du vermutlich, dass sich das schon richten wird. Unternehmen werden neue, umweltfreundliche Technologien erfinden und die Welt ist gerettet. Dass das leider ziemlich unwahrscheinlich ist, zeigen die Aussagen in *Das Kapital des Staates*. Sie argumentieren, dass die richtig mutigen Innovationen in der Geschichte immer mit der Unterstützung des Staates entstanden und in den seltensten Fällen von Garagenbastlern oder privatwirtschaftlichen Unternehmen angestoßen wurden.

Der Glaube an die Märkte hat dazu geführt, dass Staaten immer schlanker werden: Nur nicht der Wirtschaft im Wege stehen, lautet die Devise. Sie muss schließlich Arbeitsplätze schaffen, für den Aufschwung sorgen und den Klimawandel stoppen. In den folgenden Aussagen wirst du herausfinden, warum das ein gefährlicher Holzweg ist, den wir möglichst schnell verlassen sollten. Wir brauchen keine strikte Trennung von Staat und Wirtschaft, sondern einen Staat, der der Wirtschaft gezielt und tatkräftig unter die Arme greift, um sie in die richtige Richtung zu lenken.

Du erfährst außerdem,

- wer den Suchalgorithmus von Google wirklich erfunden hat,
- warum wir die Entwicklung von grünen Technologien nicht der Privatwirtschaft überlassen sollten, und
- was Apple den US-amerikanischen Steuerzahlern schuldet.

## Kernaussage 1

**Der Staat kommt in der öffentlichen Meinung schlecht weg.**

Jeden Tag werfen große Unternehmen wie Google, Facebook und Apple neuartige Produkte auf den Markt. Das ist natürlich beeindruckend – aber **sind diese Unternehmen wirklich der Innovationsmotor, für den wir sie gerne halten?**

Die Antwort lautet: **nicht wirklich**. Häufig werden uns die Erfolge staatlicher Forschung als unternehmerische Leistung verkauft. Umgekehrt heißt das, wenn ein privates Unternehmen scheitert, wird der Staat dafür verantwortlich gemacht. Er habe sich zu sehr eingemischt.

Ein **Beispiel dafür ist Google**. Die Suchmaschine hat unser Leben verändert und fast alle nutzen sie täglich. Kein Wunder, dass viele das Unternehmen für sehr innovativ halten. Aber **das ist nur die halbe Wahrheit. Die Forschung zum Algorithmus hinter**

der Suchfunktion wurde nämlich staatlich finanziert. Dem privaten Sektor war es nämlich zu riskant, in dieses Projekt zu investieren.

Dieses Hintergrundwissen geht in der öffentlichen Wahrnehmung leider vollkommen unter. Der Tenor lautet immer noch, dass sich der Staat aus unternehmerischen Tätigkeiten heraushalten sollte, denn er sei einfach zu träge und schwerfällig, um Innovationen voranzubringen. Er stehe der Wirtschaft nur im Wege, wenn er sich zu sehr einmischt.

Oft kommt es vor, dass Geschichten verdreht werden, um diese Vorstellung zu untermauern. Zum Beispiel sind viele Menschen der Meinung, dass der Staat die Schuld an der Finanzkrise trägt. In den Medien wurde das Bild vermittelt, dass die öffentliche Hand falsch investiert und sich verspekuliert hätte.

Darauf reagierte zum Beispiel der britische Premierminister Cameron im Jahr 2011, indem er versprach, dem privaten Sektor mehr Freiheiten einzuräumen und staatliche Investitionen und die Bürokratie einzuschränken.

In Wirklichkeit liegt die Schuld an der Finanzkrise aber nicht beim Staat, sondern bei privaten Unternehmen und Banken. Sie haben versucht, ihre Profite um jeden Preis zu maximieren, und so vor allem im US-amerikanischen Immobilienmarkt eine riesige Blase geschaffen, die irgendwann platzen musste.

Doch blicken wir einmal hinter den Vorhang der öffentlichen Meinung. Welche Rolle spielt der Staat wirklich in puncto Innovationen?

## Kernaussage 2

### **Ein unternehmerischer Staat geht Risiken ein und ermöglicht so Innovationen.**

Wenn die Wirtschaft wachsen und sich weiterentwickeln soll, muss irgendjemand Risiken eingehen. Ohne Risiko gibt es keinen Fortschritt – denn wer etwas anders macht als bisher, kann damit jederzeit scheitern.

Unternehmen sind so sehr auf ihren Profit aus, dass sie vor jedem Risiko zurückscheuen. Viele Unternehmen sind auf Risikokapital für ihre Finanzierung angewiesen. Die Investoren vergeben ihr Geld in der Regel nur an solche Unternehmen, die in möglichst wenig Zeit einen hohen Profit versprechen. Umfangreiche Forschung und Entwicklung sind ihnen viel zu teuer und riskant. Daher erlegen sie den Unternehmen strikte Bedingungen auf, was mit dem investierten Geld passieren darf: Es soll möglichst schnell in mehr Geld verwandelt und nicht in unsichere Forschungsprojekte versenkt werden.

Wenn Unternehmen keine Risiken eingehen wollen, muss der Staat einspringen, was in der Vergangenheit bereits vielfach passiert ist. Sehr viele technologische Innovationen kommen aus dem staatlichen Bereich oder wurden staatlich gefördert. Das Internet zum Beispiel wurde vom US-amerikanischen Verteidigungsministerium entwickelt. Das Militär brauchte neue Kommunikationskanäle und investierte Jahre in die Forschung an der neuen Technologie.

Als sich abzeichnete, dass das Internet ein Erfolg werden könnte, beschloss die US-Regierung, derartige Innovationen öfter zu fördern. Dazu gründete sie 1982 das

SBIR-Programm (Small Business Innovation Research). Das Programm vergibt bis heute jährlich fast zwei Milliarden Dollar an kleine Unternehmen, die Forschung betreiben.

Mit Erfolg: GPS, Touchscreens und andere Kommunikationstechnologien gehen auf das Konto der SBIR-Förderung. Wir feierten Steve Jobs für sein iPhone – ohne staatliche Förderung wäre es allerdings nie entstanden.

### Kernaussage 3

**Wir brauchen unternehmerische Staaten, um den Klimawandel zu bekämpfen.**

Es ist schön, dass wir dank staatlicher Förderung mittlerweile alle ein Handy mit Touchscreen in der Tasche haben und an der Bushaltestelle Buchzusammenfassungen zu lesen und Candy Crush spielen können.

In naher Zukunft werden wir die Innovationskraft des Staates aber für ein dringlicheres Problem benötigen. Der Staat stellt die einzige Möglichkeit dar, wie wir dem Klimawandel effektiv entgegenzutreten können.

Das Klima erwärmt sich, die fossilen Brennstoffe gehen zur Neige, immer mehr Menschen erheben den Anspruch auf ein gutes Leben. Wir brauchen nicht nur eine Lösung, sondern eine Vielzahl an Ideen, Technologien und Innovationen, um dieser Herausforderung zu begegnen. Wie können wir den Energiehunger so vieler Menschen stillen, ohne unseren Planeten zu zerstören?

Eine Antwort auf diese Frage sind grüne Technologien. Dabei geht es vor allem um erneuerbare Energien wie Solar-, Wind- und Wasserkraft. Anstatt Kohle, Gas oder Öl zu verbrennen, wandeln wir erneuerbare Ressourcen in Elektrizität um. Allerdings sind erneuerbare Energien noch nicht effizient genug, um ausreichend Strom zu liefern. Sie müssen verbessert werden, wenn wir uns von fossilen Brennstoffen verabschieden wollen.

Unternehmen scheuen sich vor dem Risiko, das Innovationen und Forschung mit sich bringen. Der Staat muss also einspringen, was vielerorts auch schon passiert. China und Deutschland sind weltweit führend in der Förderung von erneuerbaren Energien. Sie investieren Millionen, um die Zukunft nachhaltiger zu gestalten. Deutschland hat es so geschafft, den Anteil von erneuerbaren Energien von 2000 bis 2014 von 6 auf 30 Prozent zu erhöhen.

Allerdings reicht die staatliche Förderung von Forschung zu erneuerbaren Energien nicht aus. Denn solange Ökostrom teurer ist als herkömmlicher Strom, hat er keine Chance am Markt. Daher sollten Staaten auch mit Subventionen oder anderen Arten der Förderung die richtigen Anreize setzen. Grüne Technologien sind die Zukunft und Staaten müssen hier mutig vorgehen.

### Kernaussage 4

**Staatlich geförderte Unternehmen geben der Öffentlichkeit zu wenig zurück.**

Wir haben gesehen, dass der Staat unzählige Innovationen in Unternehmen fördert. Das ist eine wichtige Aufgabe, die zur gesellschaftlichen Entwicklung beiträgt. Das Problem ist nur, dass sich die Unternehmen die Förderung einstreichen, ohne dem

Staat und der Öffentlichkeit etwas vom Gewinn abzugeben, den die geförderten Innovationen abwerfen.

Sehen wir uns das Beispiel Apple an. Ohne staatlich geförderte Technologien würde kein einziges Apple-Produkt funktionieren. Das Unternehmen macht riesige Gewinne. Aber gibt das Unternehmen der Gesellschaft etwas zurück? Nicht wirklich.

Oft wird argumentiert, dass der Staat die Wirtschaft fördern müsse, weil sie Arbeitsplätze schafft und Geld auf diese Weise umverteilt. Diese Rechnung geht aber leider nicht auf. Die meisten Arbeitsplätze schafft Apple nicht in den USA, sondern in Asien, wo oftmals menschenunwürdige Arbeitsbedingungen herrschen.

In den USA sind ca. 47.000 Menschen bei Apple beschäftigt. Davon arbeiten etwa 27.000 als Angestellte in den Apple-Stores, wo das Gehalt nicht viel höher ist als in jedem anderen Supermarkt. Dabei könnte das Unternehmen es sich durchaus leisten, ihre Angestellten besser zu bezahlen. Schließlich hat Apple in den letzten Jahren fast 45 Milliarden Dollar an seine Aktionäre ausgeschüttet.

Der unternehmerische Staat muss sich seinen Anteil an den Gewinnen aus den geförderten Innovationen zurückholen. Er kann stolz darauf sein, was mit dem Geld der Steuerzahler erreicht wurde, und sollte die Steuern auf geförderte Produkte erhöhen. Außerdem muss er Steuerflucht eindämmen und die Öffentlichkeit besser darüber in Kenntnis setzen, welche tragende Rolle er bei der Entstehung von neuen Technologien spielt.

Der unternehmerische Staat kann eine florierende und innovative Wirtschaft ermöglichen. Wir sollten daher dringend aufhören, staatliche Strukturen immer weiter abzubauen und staatliche Aufgaben in die Hände des privaten Sektors zu übergeben.

## Zusammenfassung

Die Kernaussage dieser Zusammenfassung ist:

**Der Staat sollte Unternehmen bei der Entwicklung von neuen Technologien unter die Arme greifen. Viele der revolutionären Technologien wie das Internet sind direkte Ergebnisse staatlicher Förderung. Der Staat sollte Anspruch auf die Gewinne erheben, die geförderte Innovationen abwerfen, anstatt sie den Unternehmen zu überlassen.**